

# Volk-Zeitung

## Die konservative

### Opferfreudigkeit.

Noch nie haben die preussischen Junker für öffentliche Zwecke, für das Vaterland, für das Volk Opfer gebracht. Wenn sie je etwas getan haben, was wie ein Opfer aussah, so haben sie es sich vorher oder nachher bezahlet lassen. Und immer ist die Vore- oder Nachschickung so reichlich ausgefallen, daß für die Herren Junker jedes „Opfer“ noch allemal ein gutes Geschäft gewesen ist. Sie kennen es nicht anders und sie wollen es nicht anders, als daß der Staat um ihre Willen da ist. Auf ihrem gestrigen Parteitage haben sie von dem sozialdemokratischen „Staat im Staate“ geredet. Daß sie selbst der allerschlimmste „Staat im Staate“ sind, der den preussischen Staat hindert, ein Volksstaat zu sein und ihn zwingt, der Dummheit, der Trägheit und der Futtermeister des nimmerfertigen Junker- und Agrariertums zu sein, das haben sie gestern schämig verschwiegen.

Gemeßen an dem Wohlstand der traditionellen junkerlichen Herren- und Ausbeutungstatistik gegenüber dem Staatswesen ist ihr Verhalten, das sie auf dem gestrigen Parteitage gegenüber dem Opfer für die Militärvorlage in Aussicht gestellt haben, durchaus junkerlich-konsequent. Sie wollen „opferfreudig“ sein, weil sie sich diesmal denn doch nicht so offensichtlich brühen können, wie sie es sonst gewohnt sind; sie dürfen die möglichst gut gepielte patriotische Jubiläumsgedächtnisfeier nicht vernachlässigen, denn die offizielle Jahrbuchfeier ist ja gerade als Vorwand für die große Militärvorlage in Betrieb gesetzt worden. Aber bei aller Wahrung des guten Scheins darf das Geschäftsinteresse nicht außer acht gelassen werden. Darum knüpfen sie ihre Opferwilligkeit an eine Bedingung. Die bisherige Politik der agrarischen Viebesgaben, Kornversteuerungszölle und aller anderen junkerlich-agrarischen Privilegien muß aufrechterhalten werden. Auch das preussische Dreifachwahlgesetz, das den Junkern die junkerlich-agrarische Vereinerungspolitik ungehindert erhält, auch dieses „Paladium“ der junkerlichen Vergewaltigungs- und Ausbeutungspolitik muß ebenfalls erhalten bleiben. Dann, und nur dann werden sie sich an dem „Opfer“ beteiligen! Das ist das Fazit des gestrigen konservativen Parteitage, aber den wir uns im übrigen schon heute früh in gelegentlichen parenthetischen Bemerkungen angeeignet haben.

Also: Opfer gegen weitere Verzehrung und gegen Aufrechterhaltung der unbeschränkten materiellen Ausbeutungsmöglichkeiten gegenüber dem feuergehabten Volk! Außerdem aber — auch darin hat der politische Erwerbsfuss des Junkertums seine feste Tradition — wird das „Opfer“, das man scheitern bringt, zu mehrerer Sicherheit zu gestaltet werden, daß es nicht einmal gezahlt wird, obwohl die Entschädigung unter allen Umständen eingeholt wird: denn die Form des Jubiläumsoffers wird von den Konservativen schon so gedreht werden, daß das agrarische Kapital gespart und das industrielle und „mobile“ Kapital um so lieber „erlöst“ werden wird. Mit der Schwulstigkeit der patriotischen Phrasen, in der die Konservativen die unbeschränkten überlegenen Meister sind, steht alsdann auf gleicher Höhe die Intensität des schadenfrohen Schmunzels, mit dem sich die Herrschaften augenblicklich anschauen, wenn für die Jubiläumsgedächtnisfeierdröpfung die — anderen patriotisch gelobt haben!

„Wie fein haben wir das Ding geschoten!“ Das wird das Ende des konservativen Cantus armus sein, der, steinerweichend vorgetragen, von allen Registern der patriotischen Orgel ullaumt, die konservativ-Entschuldigungs-„Lust“ gestern erschallert hat! Der Ausdruck „Gumbung“ für den diesjährigen konservativen Parteitag ist die mildeste Zensur, die man diesem politischen Gaukelspiel andeuten lassen kann.

**Die innere Kolonisation.** Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Verteilung von Staatsmitteln zur Förderung der Landwirtschaft und der inneren Kolonisation ist gestern dem Reichstag vorgelegt worden. Der zur Verfügung gestellte Betrag beläuft sich auf 25 Millionen Mark. Von dieser Summe sind bestimmt: 1. 12 Millionen Mark zur Urbarmachung von fiskalischen Mooren, 2. 8 Millionen Mark zur Ausführung von Meliorationen auf Domänenbesitzungen und anderen Domänengrundstücken, 3. 10 Millionen Mark zur Verteilung des Staates mit Stammeinlagen bei gemeinnützigen Kolonisationsgesellschaften.

**Begnadigte Kaplane.** Ein Telegramm aus Potsdam meldet: Die vier Kaplane, die am 24. August d. J. wegen gemeinlicher Unterwerfung einer Befehlsverweigerung wegen Widerpflicht gegen den Gaumnann Boden vom Döberitzer Befehlshaber des vom Oberkriegsgericht in Magdeburg zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden waren und von einem Senat am 15. November in Magdeburg angeklagt hatten, wurden gestern begnadigt und auf freien Fuß gesetzt.

**Seine Erhöhung der Pflanzengelder in Schwarzburg-Rudolstadt.** Wie ein Telegramm aus Rudolstadt meldet, zog die Regierung in der gestrigen Sitzung des Landtages ihren Antrag die Pflanzengelder zu erhöhen, vorläufig zurück. Der Landtag nahm darauf den Etat in erster Lesung einstimmig an. Die vom Landtage genehmigten Vorlagen, betreffend Steuern

## Kurze Chronik.

In Bannenburg fand heute bei Anwesenheit der Kaiserin und des Prinzen August Wilhelm als Vertreter des Kaisers die Beisitzung des verstorbenen Fürsten Hohenzollern-Bannenburg statt.

Der türkische Minister des Innern Sabit Abil, der wegen der Friedenstrage mit dem Schah und dem Minister des Innern in Meinungsverschiedenheiten geraten war und mit seiner Demission gedroht hatte, hat die Geschäfte des Ministeriums wieder übernommen.

Der frühere Gouverneur des mexikanischen Staates Coahuila, der die Partei der Anarchisten ergreifen hatte, ist handrechtlich erschossen worden.

Im Hafen von New-York ist gestern Abend ein Dampfschiff mit einem Schiffsbesatzungsmann und ge-  
tunten. Ein Person soll ertrunken sein.

reform und betreffend Wahlrechtsänderung, gebent die Regierung dem Landtag heute vorzulegen. Die bisher vorliegenden Schwierigkeiten dürften hierdurch erledigt sein.

## „Halb und halb“

### Der gefaltene Bundesrat.

Man schreibt uns:

Da im Januar nach der Bundesratsitzung einige Mitglieder über die Verhandlungen nicht ganz richtig gehalten haben, so hat der Reichstag die Sitzung verlegt, daß strenges Stillschweigen beobachtet wurde. Infolge dessen hat man diesmal bis jetzt nichts Bekanntes erfahren können.

So viel aber weiß man, daß die Opposition gegen die Reichsvermehrungssteuer kaum geringer geworden ist. Die Bundesstaaten, die früher dagegen gewesen sind, haben ihre Meinung nicht geändert. Die letzte Sitzung ist infolgedessen ziemlich unbefriedigend verlaufen. Der Reichstag hat sich entschlossen, ein neues Kompromiß auszuhandeln. Anstehend halb Vermehrungssteuer, halb Erbschaftsteuer. Er herrscht noch wenig Klarheit.

Der Mangel eines parlamentarischen Regiments zeigt sich jetzt in seiner ganzen Schärfe. Für die Erbschaftsteuer ist eine gute parlamentarische Mehrheit vorhanden. Auch im Bundesrat geht es glatt durch, sobald Preußen dafür ist. Aber Herr v. Bethmann will sich von seiner Mehrheit abhängig machen, in der die Sozialdemokratie den Ausschlag gibt! Dabei ist eine Lösung der Frage äußerst dringend und eilig.

## Eine neue Albaniermelei.

(Telegraphische Berichte.)

Frankfurt a. M., 14. März.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Kostab: Zuverlässigen Informationen zufolge ist der größte Teil der albanischen Bewohner des Sandshats Kluma in die Berge geflüchtet. Etwa 400 zurückgebliebene unbewaffnete Zivilisten wurden von serbischen Militär angegriffen. Hundert von ihnen wurden nach Prizrend gebracht und etwa 300 ohne Urteilsurteilung erschossen!

Belgrad, 13. März.

Durch die Gefolge des türkischen Kronprinzen „Hamid“ wurden im Hafen von San Giovanni 12 Soldaten 50 serbische Soldaten getötet oder verwundet.

## Jaurès gegen die französische

### Heeresvorlage.

(Telegraphische Berichte.)

Paris, 13. März.

Kriegsminister Etienne übermittelte der Heereskommission der Kammer seine Antwort auf die gestellten Anfragen. Der Kriegsminister weist darin die Notwendigkeit nach, erstens die Zahl der Mannschaften zu vermindern, um die Schaffung von besonderen Telegraphen, Flugblättern und Nachrichtenverbindungen zu ermöglichen, ohne den gegenwärtigen Effektverbrauch der Rekruten zu verringern; zweitens den Effektverbrauch der Kompanien und Bataillone der gegenwärtig zu gering sei, zu erhöhen. Die Kapitalisation und die verschiedenen Leistungen der Reservisten und die Schaffung der Militärbewerke seien ungenügende Mittel, um den Effektverbrauch zu vermindern. Die Mobilisierung würde sich unter den bestmöglichen Bedingungen vollziehen, die Truppen aus dem Innern des Landes würden sich jedoch erst am zweiten Tage an der Grenze befinden.

Paris, 14. März.

In der gestrigen Sitzung des Heeresausschusses hielt Jaurès eine lange Rede, in der er unter anderem erklärte, daß er an einen plötzlichen Angriff nicht glaube. Er sei ferner der Ansicht, daß die Organisation der Reserve, wie sie das Gesetz über die zweijährige Dienstzeit vorgelegt habe, durch-  
aus wirksam sei. Schließlich mißte der Reichstag die Vorlage der Vorlage des Reichstages ablehnen. Jaurès behauptet übrigens, daß die vom Kriegsminister erteilte Antwort nicht würdig aus der Grande Encyclopédie, einem Konversationslexikon, abgeschrieben sei.

## Blutige Studentenrauferei.

Paris, 14. März.

Gestern Abend kam es in einer Versammlung im Saal der Gesellschaften zwischen den demokratischen Jugend

und der Studentenorganisation der royalistischen Rechten französische zu einer furchtbaren Rauferei. Etwa 50 junge Leute wurden verwundet, darunter einige ziemlich schwer.

## Der „Geheime“ Kanzleidiener.

### Die „Überraschenden“ Revisionen.

Die Reichsdisciplinar-Kammer in Potsdam verhandelte gestern wegen Dienstvergehens gegen den Geheimen Kanzleidiener Otto Pustelnik vom preussischen Kriegsministerium. Der Angeklagte ist am 2. März 1870 in Potsdam geboren. Er ist von Beruf Adler, kam dann 1888-92 zur Unteroffizierschule und später nach Posen zu einem Infanterieregiment. 1901 wurde er als Halbbedienter entlassen und zunächst im Militärarchiv Potsdam beschäftigt, bis er am 1. April 1905 in den Postenmeister des Kriegsministeriums ernannt wurde. Die Anklage wirft ihm vor, daß Dienstgeheimnis groblich verletzt zu haben, und zwar von 1909-12 gegenüber der Armeekonferenzfabrik in Spandau und in der übrigen Zeit gegenüber Beamten der Provinzialverwaltung, denen er Personalanordnungen, die noch nicht dienstlich veröffentlicht waren, bekanntgab. Der Angeklagte ist in Berlin eine alte Freundschaft mit dem Provinzialamtsinspektor Jacoby auf, der als zweiter Fabrikvorsteher in Spandau angestellt war. Diefen teilte er brieflich oder telefonisch mit.

### Wann Fabrikbesichtigungen bevorstehen.

Seine Journal lautet: „In den nächsten Tagen bekommen Sie Besuch.“ Damit wußte die Fabrikleitung, daß die Inspektion des Generalmajors Staats zu erwarten sei, und man richtete sich auf den Empfang ein. Der General fiel stets die Souveränität in der Arbeitsräume und die reine Mäße des Personals auf. Das schlechteste Vieh wurde rasch abgeschlachtet und gefloht und das Fleisch unter gute Qualitäten verborgen.

Der Stein brachte der Provinzialamtsinspektor Freyer ins Rollen, der im Laufe eines Verfahrens das „Amnestiegesetz“ des Angeklagten verteilte. Die Folge davon war, daß der Direktor seiner Fabrik nach und nach einen Verweis erhielt, während Jacoby strafversetzt nach Posen wurde und einen Verweis und 5 Mark Geldstrafe erhielt, auch der Kontrolleur Kirchner erhielt einen Verweis. Ferner kempfte Pustelnik seine Stellung dazu.

### Die neuesten Personalanordnungen.

in der Provinzialamtsinspektion abzufordern und sie den Interessenten auf die Anträge: „Was gibt es Neues?“ zur Verfügung zu stellen. Die Korrespondenz des Angeklagten in dieser Hinsicht war so umfangreich, daß er die Abschriften hextographierte, um alle Anfragen erledigen zu können.

Der Angeklagte war in beiden Fällen geständig, er entschuldigte sich damit, daß er nur das Beispiel seiner Vorgänger nachgemacht habe, bei denen dergleichen Verfahren üblich war. Der Vertreter der Anklage beantragte Dienstentlassung, da man solche Beamte im Kriegsministerium nicht brauchen könne. Die Reichsdisciplinar-Kammer kam zur Verurteilung des Angeklagten. Ihr Spruch lautete: Schuldig des Dienstvergehens. Pustelnik wurde zur Strafverurteilung und zu einer Geldstrafe in Höhe eines monatlichen Dienstverdienstes von 180 Mark verurteilt.

## Der Dabendorfer Mordprozeß.

Am heutigen, dritten Verhandlungstage eröffnet der Vorsitzende, Landgerichtsrat Rehl, die Sitzung um 9 1/2 Uhr, um sofort mit der Verhandlung fortzufahren.

Die Schwägerin des erschossenen Affizienten Frau Behm, Frau Magthe, befindet sich als Zeugin, daß ihr die Angeklagte Behm erzählt habe, ihr Mann sei in der Strafkolonie, daß sie sich als Zeugin habe beschuldigen lassen, um eine Strafe zu erlangen, wobei er sich aufseht, die Hand verlegt habe. Die Anklage behauptet, daß diese Erzählung von der Angeklagten Behm deshalb erlunden worden sei, um später die etwaige Auffindung von Blutspuren und Glascherben zu erklären.

Wie die Zeugin weiter bekundet, habe Frau Behm schon vor mehreren Jahren in Bezug auf ihren Mann geäußert: „Wenn ich das noch vergessen könnte, würde ich es sehr gern tun.“ Bekannt unter anderem, daß die Angeklagte Frau Behm ihr einmal gesagt habe, sie wolle ihren Mann, da er ihr das Leben zu schwer mache. Hierbei habe sie noch gesagt: „Wer uns nicht noch mal ein Drama.“ Nachdem der Gemann Behm verurteilt worden war, sei Frau Behm sehr niedergeschlagen gewesen. Als sie, Zeugin, darauf zu sprechen kam, daß ein Verfahren schwebt, erwiderte Frau Behm: „Wenn die Sache schief geht, kann ich mich auf zehn Jahre Zuchthaus gefast machen.“ Vorlesender: Wie heißt glanzten Sie denn, daß Sie zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt werden könnten, wenn Sie nichts getan hätten? — Angeklagte: Das hat mir Kolbe immer gesagt. — Vorl.: Kolbe stimmt das? — Angekl. Kolbe: Ich habe keine Ahnung!

Die Zeugin Remm bekundet noch, daß sie nicht den Eindruck habe, daß sie sich um eine mobilisierte Sache handele, denn Frau Behm habe kurz vorher noch einen größeren Posten neue Wäsche gekauft und auch um dieselbe Zeit „große Wäsche“ gehabt.

Auf Anregung des Rechtsanwalts Dr. Schindt, des Verteidigers der Angeklagten Behm, erklärt diese, daß sie mit ihrem Mann am 20. September, also acht Tage vor der Tat, noch für mehr als 200 Mark Wäsche gekauft habe.

Ein Zeuge hat nach seiner Aussage einmal mit dem Bruder des Angekl. Kolbe über die Affäre gesprochen; dabei soll der Bruder gesagt haben: „Ich habe es gewußt, aber

### Ich werde meinen Bruder nicht an den Galgen bringen.

Da der Bruder dem Zeugen auch einiges mitgeteilt haben soll, was angeblich der Angeklagte Kolbe ihm gesagt habe, soll auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Fritze der Bruder geladen werden, weil Kolbe befreit, die ihm in den Mund gelegten Redenungen getan zu haben. Er meint, er habe das Gefühl gehabt, daß Frau Behm sich mit anderen verdrückt habe, um ihr heimzulegen und da habe er wohl gesagt: hineinlegen lasse er sich nicht, da werde er seine Gegenmaßnahmen treffen.

Dem Zeugen Zimmermann hat Kolbe eines Tages im Jahre 1909 200 Mark zur Aufbewahrung gebracht; er legte dabei, daß er sich das Geld aus seinen Hinterhofsbrief gelohnt habe, und hat den Zeugen, aus dem Grunde Eingekerkert für ihn zu machen, wenn er, was bald darauf geschah, in Unterdrückung genommen